

VBGR - 45.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst trafen sich am 14. Dezember 2002 zur Protestdemo in Berlin

Elf Kollegen des VBGR schlossen sich kurzentschlossen dieser Demonstration an, um stellvertretend für viele Mitglieder gegen die finanzpolitischen Versäumnisse der Politik der letzten Jahre, die katastrophale Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst hatten und haben werden, zu protestieren (mehr auf <http://www.dbb.de/>).



wl

Die Diskussion mit Kollegen anderer Verbände gab ein einheitliches Bild der Lage. Weitere Einsparungen im öffentlichen Dienst, über die bisher erbrachten 30 Milliarden Euro hinaus, werden unsere Leistungsfähigkeit zum Schaden des Einzelnen im Staat, nachhaltig betreffen. Dies muß auch den politisch Verantwortlichen klar sein.



wl

Kommentare zur Demonstration

Geschäftsstelle München

Morassistraße 2
D-80469 München

Verantwortlich
Jürgen Mume
Telefon 089.2195-3024

Telefon 089.2157-8433
Telefax 089.2157-8433
post@vbgr.dbb.de
www.dbb.de

aktuell

Informationsdienst des VBGR

Verband der Beschäftigten des Gewerblichen Rechtsschutzes

Die Kompetenzgewerkschaft im Deutschen Patent- und Markenamt



Berlin – Auch Beamten und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes ist das Hemd näher als der Rock, weshalb sie gestern ihr letztes präsentierten und in Berlin für mehr Geld demonstrierten. Rund 40 000 Menschen machten sehr

deutlich, dass die öffentlichen Haushalte, aus denen sie bezahlt werden, nicht weiter auf ihre Kosten saniiert werden sollen. Sie protestierten gegen eine weitere Nullrunde im öffentlichen Dienst und für 3,5 Prozent mehr Geld für die

rund drei Millionen Beschäftigten. Man beklagte auch den „Kahlschlag“ im öffentlichen Dienst – seit 1991 seien eine Million Stellen gestrichen worden. Der Vorsitzende des Beamtenbundes, Erhard Geyer, klagte, dass die

Politik die Geschäftsgrundlage für den öffentlichen Dienst in Deutschland aufkündige: „Wir nehmen den Fehde-Handsuh auf.“ Den konnte er auch gut gebrauchen – die Temperaturen in Berlin lagen gestern weit unter dem Gefrierpunkt.

Welt am Sonntag (Politik Seite 2, 15.12.2002)



Mehr Geld: Beschäftigte des öffentlichen Diensts am Samstag in Berlin

Foto Reuters

„Kein billiger Jakob“

Öffentlicher Dienst protestiert. Roth weiter für Nullrunde

rich/dpa. BERLIN/FRANKFURT. Etwa 40 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte haben am Samstag in Berlin gegen eine „Nullrunde“ bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst protestiert. Der Chef des Deutschen Beamtenbundes, Erhard Geyer, warnte auf der Abschlusskundgebung die Arbeitgeber davor, die Beschäftigten noch länger hinzuhalten. „Die beabsichtigte Nullrunde für die mehr als 4,8 Millionen Beschäftigten bei Bund, Ländern und Kommunen ist zugleich auch Gift für die Konjunktur in Deutschland.“ Der öffentliche Dienst dürfe nicht „zum billigen Jakob der Nation“ verkommen.

Dagegen beharrte die Präsidentin des Deutschen Städtetags, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) auf einer Null-

runde. Jede Mehrausgabe sei Gift für die Kommunen, ließ sie mitteilen. In einer Situation, in der zahlreiche Städte und Gemeinden ihre Pflichtaufgaben nur noch über Kassenkredite finanzieren könnten, ziehe jede Lohnerhöhung zwangsläufig eine Einschränkung der kommunalen Leistungen nach sich und damit auch einen Personalabbau.

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) warnte ebenfalls vor den Folgen überhöhter Lohnabschlüsse: Sie ließen sich nur durch massiven Stellenabbau ausgleichen. Eventuelle Streiks würden zudem die Konjunktur weiter schwächen. Schily sagte, er hoffe trotz der schwierigen Diskussion auf eine Einigung vor Weihnachten.

Ohne das befürchtete Verkehrschaos blieb am verkaufsoffenen Ad-

venssamstag der Streik im öffentlichen Nahverkehr in Nürnberg und Fürth. Bis 11 Uhr führten in den Morgenstunden in beiden Städten weder Busse noch Straßen- oder U-Bahnen. Mit der Aktion wollte die Gewerkschaft Verdi ihrer Forderung nach Lohn- und Gehaltserhöhungen von mehr als drei Prozent für die rund drei Millionen Arbeiter und Angestellten Nachdruck verleihen.

Eine große Streikwelle im öffentlichen Nahverkehr, die den Verkehr in den Städten lahmlegen soll, soll am Montag in mehreren Bundesländern beginnen – vor allem in Bayern und Hessen. Warnstreiks soll es auch in Berlin, Brandenburg und Sachsen geben. Die nächste Verhandlungsrunde ist für kommenden Mittwoch in Kassel angesetzt.

FAZ (Politik Seite 2, 15.12.2002)